

Editorial

Liebe lesende Menschen!

Herzlich Willkommen (zurück) an der Uni Göttingen. Das Wintersemester beginnt gerade und eine ganze Menge von euch beginnt jetzt ein neuer Lebensabschnitt. Wir freuen uns, alle Erstsemesterstudierenden begrüßen zu können und hoffen, dass ihr einen tollen Studienbeginn haben werdet. Doch auch all denen, die die Uni schon kennen, wünschen wir einen tollen Semesterstart!

Neues Semester, neues Glück – oder Unglück, je nachdem. Einige von euch werden Probleme gehabt haben, erschwinglichen Wohnraum zu finden, andere können sich für bestimmte Kurse nicht anmelden. Allen Erstsemestern möchten wir ein paar Tipps mit auf den Weg geben, damit euch die Orientierung im Studium gut gelingt und ihr euch mit Freude an die ersten Wochen erinnern könnt. Wir haben diese rot!ation so gestaltet, dass für jeden von euch etwas dabei sein wird – egal, ob ihr im ersten oder im elften Semester seid.

Also, liebe Studierende, genießt das Semester, lasst euch nichts erzählen, sondern studiert so, wie ihr es für richtig haltet. Selbstbestimmung ist etwas Tolles! Und: Eure ProfessorInnen und DozentInnen haben die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen. Wir wünschen euch einen schönen Semesterstart!

Eure Juso-Hochschulgruppe

Wohnst du schon - oder suchst du noch?



Wohnungssuche ist schwer. Das war schon immer so. Zu Semesterbeginn natürlich besonders. Von MitarbeiterInnen des Studentenwerks hören Wohnungssuchende bei Nachfragen aufmunternde Geschichten wie die von der großen Moschee in Mekka, wo freitags 5.000 Menschen gemeinsam barfuß beten und danach gleichzeitig hinaus zu ihren Schuhen wollen. Es sei ein riesiges Durcheinander, aber mit etwas Geduld fänden alle ihre Schuhe – und so sei es in unserem Fall mit den Wohnungen. Das entspricht aber schon seit einiger Zeit nicht mehr den Tatsachen: In Göttingen ist Wohnraum knapp und das in Dimensionen, die dazu führen, dass Studierende wirklich ohne Wohnung bleiben. Dieses Semester mehr als je,

denn SchülerInnen aus dem Doppeljahrgang und Menschen, die früher Zivil- oder Wehrdienst geleistet hätten, kommen gleichzeitig an die Uni.

■ Studentenwerk betreibt Symbolpolitik

Das bereits erwähnte Studentenwerk tut kaum mehr als zu zusehen und metaphorische Ratschläge zu geben. Die Wartezeiten für einen Platz in den zentral verwalteten Wohnheimen liegen offiziell zwischen zwei und 56, im Schnitt bei über zehn Monaten. Selbst Menschen mit Kindern müssen warten. Dass diese Zustände nicht in Ordnung sind, sehen auch die Vertreter

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

terinnen und Vertreter des Studentenwerks. Auf der Homepage schwärmt Jörg Magull – seines Zeichens Chef des Studentenwerks - von einem neuen Projekt. Studierende können in einem Wohnstift für alte Menschen leben, wenn sie dort ihre Miete abarbeiten. Unerwähnt bleibt allerdings, dass es dieses Jahr genau zwei Appartements sind, die für Studierende zusätzlich bewohnbar sein werden, während schon deutlich über 1000 Menschen auf einen Wohnheimplatz in Göttingen warten.

Auch der neu eingerichtete Service „Zimmersuche per Touchscreen“ kann eigentlich nicht anders interpretiert werden als eine Verhöhnung Wohnungssuchender, denn mehr als das normale Internetangebot des Studentenwerks bietet er nicht. Und das verweist schnell auf den privaten Wohnungsmarkt, auf dem sich die Studierenden eh schon probiert haben.

■ Horrende Mietpreise erschweren die Suche

Der private Wohnungsmarkt ist überfüllt. Zimmerangebote im Internet werden schon nach einer halben Stunde wieder deaktiviert, da schon zu viele Meldungen eingegangen seien. „Als ich nach Hause kam hatte ich über hundert E-Mails in meinem Postfach,“ berichtet ein Student, der ein WG-Zimmer in der Innenstadt angeboten hatte. Die Mietpreise steigen, weil es immer welche gibt, die trotzdem zahlen. Natürlich auf Kosten der Menschen, deren finanzielle Situation eh schon grenzwertig ist.

Von der Situation profitieren aber nicht nur VermieterInnen, die Zimmerpreise erhöhen können. Ganz besonders die Verbindungen in Göttingen freuen sich über den Wohnungsmangel. Online werben sie mit großen Männer-WGs in Altbauvillen mit großen Zimmern für wenig Geld. Kein Wort über die erwartete Mitgliedschaft, obskure Rituale oder frauenfeindliche Ansichten. Die Verbindun-

gen, oft aus Steuergründen unter dem Deckmantel gemeinnütziger Studentenwohnheime, suchen sich dann die zu ihnen passenden formbaren Erstsemester aus.

■ Sozialen Wohnungsbau ausweiten!

In Göttingen wurden 2010 genau 190 Wohnungen gebaut und die meisten davon sind nicht für Studierende. Die Stadt und das Studentenwerk verweigern sich einem Ausbau an Wohnangeboten und verweisen auf niedrigere Studierendenzahlen in ferner Zukunft.

Das Studentenwerk investierte in den letzten Jahren lieber Geld in Prestigeobjekte wie die „coffeebar ins grüne“. Das hilft aber den vielen Menschen, die jetzt noch keine Wohnung haben nicht weiter. Viele müssen ein paar Monate bei FreundInnen oder in Jugendherbergen überbrücken, bis sie vom Studentenwerk eine Wohnung zugewiesen bekommen. Es wird Zeit, dass sich etwas ändert. Stadt, Land und Studentenwerk müssen weiter in sozialen Wohnungsbau und Wohnheime für Studierende investieren. Nicht bald, sondern sofort!

Zwangsexmatrikulationen an Hochschulen Besonders Diplom- und Magisterstudierende betroffen

Mitte August wurde bekannt, dass die Universität zu Köln 32 Studierende zwangsexmatrikuliert hat. Seitdem werden bundesweit immer mehr Fälle von Zwangsexmatrikulation bekannt. Hochschulleitungen bedienen sich dieser Methode, um unliebsame Studierende, gerade aus den alten Diplom- und Magisterstudiengängen zu entfernen. Von den Zwangsmaßnahmen betroffen sind aber auch weitere Studierende, die nicht in der Regelstudienzeit studieren. Die vielfältigen Gründe für die längere Studiendauer werden dabei komplett außer acht gelassen. Oft verlangt die gegenwärtige Lebenssituation eine Verlängerung des Studiums: Soziales Engagement oder Nebenjobs haben ihren Einfluss auf die Studienzeit. Zudem können sich Menschen bewusst für ein längeres Studium entscheiden, wenn sie jenseits der engen Curricula ihren Horizont erweitern wollen.

Insgesamt könnten in den nächsten Semestern mehrere tausend Studierende bundesweit exmatrikuliert werden. Wer nicht freiwillig geht, der wird eben gegangen, so lautet anscheinend die Devise. Die Hochschulen betonen zwar, dass sie großzügige Regelungen für so genannte „Härtefälle“ anwenden, doch es kommen vermehrt Fälle ans Tageslicht, in denen entsprechende Anträge trotz allem abgelehnt wurden. Erste Studierende wollen jetzt juristisch gegen den Rausschmiss vorgehen.

Es darf nicht das Ziel sein, die Studierenden der alten Studiengänge so schnell wie möglich loszuwerden, sondern es gilt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, ihnen ihren Studienabschluss zu ermöglichen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung. Ob der Studiengang Bachelor, Diplom, Magister oder Master heißt sollte dabei neben-

sächlich sein. Weitere Informationen zu diesem Thema findet ihr auf:

<http://zwangsexmatrikuliert.de/>



Du interessierst dich für Hochschulpolitik und möchtest dich einmischen?

Komm zu unseren **Informationsabenden**

am **27.10.** und **10.11.2011**
um 20h c.t. im Rosa-Luxemburg-Haus (AStA-Gebäude, Goßlerstr. 16a)

Hüttennot am Hühnerhof

Unsere huhnoristische Kolumne

- Zwölf Jahre, schneller, schneller, noch schneller – Eierlegen – drei Jahre weiter, mehr Eier, den Turbogang einlegen, denn die Bilanz muss stimmen. Keine Chance mehr auf Freizeit, hier muss produziert werden. -

Es war Montagmorgen und Heinz-Rüdiger begutachtete voller Interesse die vor dem Hof in Zweierreihen stehenden Hühner. Einige noch voller Enthusiasmus und Vorfrende auf den neuen Stall, in dem sie jetzt drei Jahre die Legebatterien besteigen sollten. Bäuerin Siegel hatte extra zu diesem Anlass neue platzsparende Konstruktionen eingekauft, die zur Kapazitätssteigerung und effektiven Nutzung bereit gestellt werden sollten. Daran hatte sie gedacht, doch was zu unternehmen war, wenn die Neuankömmlinge den Schlaf suchen würden, das war noch unklar. Unterkünfte in Hofnähe, bereitgestellt von der bäuerlichen Fürsorge, waren aus. Schon hatten einige braune Tiere begonnen sich die Hände zu reiben. In den Behausungen der Füxe rund um den Hof war noch Platz, allerdings nur für männlich sozialisierte Hühner und nur für solche, die auch gerne mal mehr als genug tranken. „Ihr sollt alle Füxe werden“, hatte der Fuxmajor seinen Plan offen ausgesprochen. Heinz-Rüdiger hatte mit einigen anderen Hühnern ein Transparent gemalt auf dem zu lesen war: „Dieser Hof bleibt bunt.“ Einige andere Hühner hatten schon einen Notfallplan in die Wege geleitet, um die Wohnungsnot zu bekämpfen und den teuflischen Plan des Fuxmajors zu durchkreuzen. Die Aktion „Leere Hütten für alle“ sollte mit einer von kraftvollem Technopunk untermalten Demonstration beginnen. Im Zentralgehege der Bullen arbeite man unterdessen bereits auf Hochtouren an einem Konzept zur Bekämpfung von sogenannten Wohnparasiten und Hüttendieben. Auf dem Programm standen Kampftraining, Hüttenschutz und „auf die Hörner nehmen“. Die Lage schien sich zuzuspitzen an diesem Montagmorgen. An den Aushängbrettern am Hof war ein munteres

Treiben zu beobachten. Braune Tiere, die etwas anhängen, was kurze Zeit später von anderen wieder abgenommen wurde.

Ein altes grau gewordenes Schwein trat an das Gehege der Bullen und beschwerte sich: „Am ‘Denkmal der großen Zwei‘ hängt immer noch dieses lichtscheue Gesindel rum, nehmt ihnen doch endlich die Bänke weg.“ „Keine Zeit“, entgegnete ein Bulle mürrisch, „müssen Hüttenschutz üben“. Aber dann kam einem der Bullen eine Idee. Ständig nervten irgendwelche alt gewordenen Tiere mit blödsinnigen Nachfragen oder Forderungen und so beschloss er die bäuerliche Fürsorge für ein generations-

übergreifendes Wohnprojekt zu begeistern. „Zwei Fliegen mit einer Klappe“, so dachte er sich. „Quartiert doch einige dieser jungen, enthusiastischen Hühner einfach bei den alten Tieren ein, die meist auf Hilfe angewiesen sind.“ „Die Jungen müssen sich, damit sie bei den Alten wohnen dürfen, um sie kümmern und kommen dann vor lauter Arbeit neben dem Eierlegen nicht mehr auf dumme Gedanken.“ Und so kam es, dass die bäuerliche Fürsorge den Plan übernahm. Wohnplätze für all diejenigen, die noch nichts haben und sich gerne um alte hilfsbedürftige Tiere kümmern, konnte das Huhn nun zu einem günstigen Preis erwerben.

Bundesweite Bildungsproteste

Für Solidarität und freie Bildung!

Für das Wintersemester kündigen sich chaotische Zustände an den Hochschulen an. So viele Menschen wie nie zuvor haben zum 1. Oktober 2011 ein Studium aufgenommen. Die Studienplatzkapazitäten der Hochschulen platzen aus allen Nähten. Das liegt vor allem an der nach wie vor mangelhaften Finanzierung neuer Studienplätze trotz des erhöhten Bedarfs durch den Wegfall des Wehr- bzw. Zivildienstes und durch den doppelten Abiturjahrgang in Niedersachsen.

Die Zuspitzung der Situation an den Hochschulen sowie massive Missstände im gesamten Bildungssystem haben schon seit einigen Monaten junge Menschen zusammengebracht, um über Bildungsproteste nachzudenken. Bei einer bundesweiten Vernetzungs-

konferenz Mitte September in Berlin haben sich Vertreterinnen und Vertreter von Studierenden, SchülerInnen und Auszubildenden getroffen und sich nach langen Diskussionen auf einen Aufruf zu Bildungsprotesten im Herbst geeinigt. Dieser enthält unter anderem die Forderungen nach mehr Studienplätzen, einem Master für Alle und gebührenfreier Bildung – von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Der Aufruf sieht außerdem die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen und die verpflichtende Übernahme nach der Ausbildung vor.

Auch wir als Juso-Hochschulgruppe in Göttingen rufen zu Bildungsprotesten am 17. November auf. Gerne könnt ihr euch bei der Gestaltung der Bildungsproteste einbringen. Kommt dafür einfach zu einem unserer Treffen.



Kenn' deine Grenzen

Ein kleiner Tipp, damit man in der Orientierungsphase nicht die Orientierung verliert

Pünktlich Ende Oktober bestaunen in Göttingen Durchreisende wie Alteingesessene ein alle Jahre wieder aufkommendes Phänomen: Junge Menschen bewegen sich in riesigen Schwärmen und teils karnevalesk anmutenden Outfits über den Campus und durch die Innenstadt, während sie auf Uninformierte irritierend wirkende Spiele spielen und fröhliches bis frivoles Liedgut von sich geben. Kurz um, es ist Orientierungsphase.

Orientierungsphasen (oder auch kurz O-Phasen genannt) sind eine hervorragende Gelegenheit, gleichermaßen informativ wie auch gesellig ins Studium zu starten. Die Teilnahme an ihnen kann jedem und jeder, der oder die ein Studium neu aufnimmt, nur wärmstens empfohlen werden, zumal hier neben Benutzungshinweisen zu studienrelevanten Systemen wie stud.IP und Flex-Now auch die Fachinformationen und Stundenplanbera-

tungen der einzelnen Fächer erfolgen. Darüber hinaus ist es eine vortreffliche Gelegenheit auch außerhalb von Seminaren und Vorlesungen Studierende des eigenen Fachs kennenzulernen und mit ihnen eine tolle Zeit zu verbringen. Allerdings hat Geselligkeit auch ihre Grenzen und diese Grenzen muss jeder und jede für sich selbst ausloten.

■ O-Phase macht auch ohne Alkohol Spaß

Eine dieser Grenzen ist sicherlich der Alkoholkonsum, der traditionell während der O-Phasen exponentiell ansteigt. Zwar wird gerne – und manchmal leider auch von TutorInnen – behauptet, dass diejenigen, die sich nicht in ein einwöchiges Dauerdeliri-

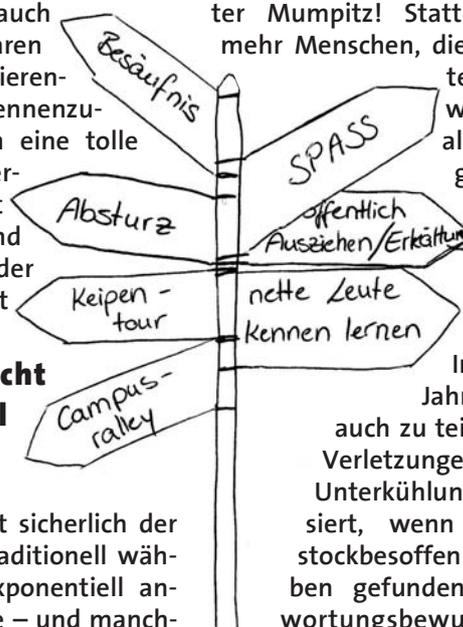
um saufen, keine FreundInnen finden werden, aber das ist natürlich absoluter Mumpitz! Stattdessen sind es mehr Menschen, die diesem Verhalten nichts abgewinnen können, als jene RatschlaggeberInnen mit ihrem schnapsvernebelten Horizont erfassen können.

In den letzten Jahren kam es leider auch zu teilweise schweren Verletzungen und starken Unterkühlungen (was passiert, wenn man morgens stockbesoffen im Straßengraben gefunden wird). Verantwortungsbewusster Umgang mit Alkohol sieht anders aus.

Auch soll der Alkohol gerade in Bezug auf einige Spiele, die während mancher O-Phasen gespielt werden, enthemmend wirken. Aber bei „Kleiderketten“ und anderen Spielen gilt: Niemand muss nackt über dem Campus laufen oder andere Dinge tun, die er oder sie nicht will. Deswegen kann man nur allen an O-Phasen teilnehmenden Personen empfehlen: Lasst euch nicht von irgendeinem Gruppendruck beeindrucken und tut stets nur, was ihr wirklich wollt und wozu ihr auch am nächsten Tag noch stehen würdet.

■ O-Phase als positiver Start ins Studium

Alles in allem sollen aber die hier angeführten Negativebeispiele niemanden davon abschrecken, an einer O-Phase teilzunehmen. Wie eingangs erwähnt, sind sie ein großartiges Erlebnis und wenn man ganz man selbst bleibt, werden sie nicht nur verletzungsfrei, sondern auch in äußerst positiver Erinnerung bleiben.



Was ist eigentlich... die Juso-HSG?



Offiziell sind wir der Studierendenverband der Jusos und der SPD, in unserem Denken und Handeln jedoch unabhängig. Auch eine Mitgliedschaft bei den Jusos oder in der SPD ist nicht notwendig, um bei uns mitzumachen.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen ist Mitglied im Bundesverband der Juso-Hochschulgruppen. Bundesweit vernetzt, diskutieren wir nicht nur Themen der Hochschulpolitik, sondern auch allgemein über unsere Vorstellung einer besseren Gesellschaft.

In Göttingen arbeiten wir Jusos in den verschiedenen Gremien der studentischen und der akademischen Selbstverwaltung und vertreten unsere Einstellungen und Interessen. So sind wir beispielsweise in verschiedenen Fachschaftsräten aktiv beteiligt, stellen einen studentischen Senator und besetzen vier Referate im AstA.

Auf unseren wöchentlich stattfindenden Mitgliederversammlungen diskutieren wir aktuelle Themen, organisieren Diskussionsveranstaltungen und planen die ein oder andere "gesellige" Aktion. So grillen wir beispielsweise auch zusammen, machen jährlich eine Klausurtagung und sind die letzten zwei Jahre in Folge auf "Sommerfahrt" gefahren, um die vorlesungsfreie Zeit gemeinsam zu gestalten und zu erleben.

Du bist neugierig geworden? Dann komm doch einfach mal vorbei. Wir treffen uns donnerstags um 20.15 Uhr im Rosa-Luxemburg-Haus (Goßlerstraße 16a).

Eine Geschichte über einen LuStigen Studierenden und das Lern- und Studienzentrum

Es war einmal eine kleine beschauliche Universität in einem noch viel beschaulicheren Städtchen namens Göttingen. In dieser Universität entstanden LuStige Pläne, von noch viel LuStigeren Studierenden und dem LuStigen Präsidium. Diese Pläne rankten sich um eine Fragestellung: Wie etwas LuStiges bekommen, was man noch nicht hat und das Ganze dann auch noch so schnell und so günstig für die Universität, wie möglich?

Das, was man nicht hat, hatten andere bereits fertig und da man ja gerne wenigstens vor den übrigen fertig sein wollte, musste das schnell und *alternativlos* gelöst werden. So fand sich ein LuStiger Studierender, der LuStigerweise auch noch Vorsitzender der „erweiterten zentralen Kommission für Lehre und Studium“ (zKLS+) war, einer Kommission, die immer sehr gewissenhaft und fachkundig über zentrale Studiengebührenverwendung in Form von Anträgen entscheidet, die dem Fluss an LuStigen Ideen innerhalb der Universität entspringen. Dieser LuStige Studierende entwickelte mit seinen Gehilfen aus einem Dorf namens Adiungi oder war es ADFungi, den LuStigen Antrag für ein Lern- und Studienzentrum, stellte diesen dem Präsidium vor und alle fanden es LuStig und lachten viel. Über dieses Dorf ist noch zu sagen, dass es ein Netzwerk hat, welches so dicht ist, dass sich keiner rührt, es sei denn der Lustige Studierende zieht dran und alle fallen um. INDES (*kleiner Lesetipp am Rande*) rieben sich die gut gelaunten Verantwortlichen die Hände, weil der LuStige Studierende ja noch den Vorschlag gemacht hat, dieses Gebäude über Studiengebühren zu finanzieren. Somit entfielen sehr unLuStige Antragsverfahren bei Niedersächsischen Ministerien, die in der Regel doch eher unLuStig gelaunt sind, wenn 10 Millionen Euro ausgegeben werden sollen.

Auch war die Idee so LuStig, dass die Ausschreibung für das Entwicklungs- und Bauverfahren LuStigerweise

schon Wochen vor dem Beschluss der zKLS+ europaweit veröffentlicht wurde. Die Kommissionsmitglieder fanden das weder LuStig noch unLuStig, sie wussten dieses einfach nicht. Nun hatten die Kommissionsmitglieder in einer der vorangegangenen Sitzungen die Idee, doch mit einer Alternative zum Neubau und einer Umfrage vorab besser vorbereitet zu sein, um dann in einer der folgenden Sitzungen diesen LuStigen Beschluss zu fassen. Also setzte sich der LuStige Vorsitzende der zKLS+ daran, dieses „Problem“, der, seiner Ansicht nach, sehr unLuStigen Kommissionsmitglieder zu lösen. Da er ja bereits zuvor gezeigt hatte, dass er immer eine *alternativlose* Idee parat hat, tat er Folgendes: Erst wurde eine LuStige Umfrage erstellt, an der leider kaum jemand teilnahm und in der die Fragen in etwa so sinnvoll gestellt wurden wie diese Beispielfrage:

**Können Sie sich vorstellen, „
an dieser Universität Ihren
Abschluss zu machen?“**

Um diese dann unwissenschaftlich, aber LuStig auszuwerten, entstand Erstaunliches, heraus kam das 98,5 Prozent der Studierenden definitiv an dieser Universität ihren Abschluss machen werden. Sie hatten ja geantwortet, dass sie es sich vorstellen können...Mit diesem sensationell LuStigen Ergebnis und irgendwelchen vorgeschobenen Argumenten gegen die Alternative eines SUB-Umbaus und deren Vertagung auf die nächste Sitzung hatte der LuStige Studierende zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, denn jetzt konnte endlich über etwas LuStiges entschieden werden und nur darüber.

Unlustigerweise stellten sich die Mitglieder der Juso-HSG und der Grünen Hochschulgruppe (GHG) gegen diesen Beschluss mit so unLuStigen Argumenten wie „Gebäude bauen ist Ländersache“, „da zahlen doch Studieren-

de für etwas mit ihren Studiengebühren, über das sie gar nicht entschieden haben“. Leider fanden es alle Anderen hervorragend ein Lern- und Studienzentrum zum Studieren zu haben, in dem es gar keinen Zugang zu den Bibliotheken gibt und somit LuStig im Internet studiert werden kann. Bücher sind halt unLuStiger als Kabinen, Chefessel und ein gesteigerten Immo-

was ist eigentlich... das LuSt?

Die Posse um das geplante Lern- und Studienzentrum zieht sich jetzt schon seit zwei Jahren hin. Ohne zu ermitteln, ob ein solches Lerngebäude überhaupt benötigt und von den Studierenden gewünscht wird, wurde 2009 mit der Planung begonnen. Außerdem wurde kritisiert, dass das LuSt keinen Zugang zu einer Bibliothek und Fachliteratur bieten kann und der eigentlich geplante Umbau der SUB dafür fallen gelassen wurde. Gegen den Widerstand von Fachgruppen, Fachschaften und mehreren hochschulpolitischen Gruppen – unter ihnen die Juso-HSG – wurde der Bau und die Finanzierung aus Studiengebühren schließlich beschlossen.

Treibende Kräfte waren dabei neben dem damaligen Präsidium auch der Vorsitzende der zentralen Kommission um Lehre und Studiengebühren, Christian Zigenhorn. Seitdem zieht sich der Bau, der eigentlich jetzt fertig sein sollte, hin. Zu „unerwarteten“ Kostensteigerungen kamen sich beständig haltende Korruptionsgerüchte im Zusammenhang mit der Firma Adiungi, die das LuSt geplant hat. Den vorläufig letzten Abschnitt dieser Geschichte stellen Knochenfunde dar, die zu einem Baustopp führten. Früher befand sich auf der Fläche, auf der gebaut werden soll, ein katholischer Friedhof, der bis zum Ende des 19. Jahrhunderts genutzt wurde. Die Juso-HSG fordert das Ende dieser unendlichen Geschichte und die sofortige Einstellung aller Baumaßnahmen.

lienwert. Nichts half, keine Argumente, keine Kritik, die Idee des Lern- und Studienzentrums – kostenlos für die Universität, umsonst für die Studierenden – brachte alle übrigen zum Lachen und es wurde LuStig, aber natürlich ernsthaft und gut informiert vom Rest beschlossen, dass die Studierenden die 8 Millionen aufbringen sollten.

10 Millionen sind es nun dummerweise vor dem ersten Stein geworden. Leider wurde das fast unauffällige Reitstalltor doch glatt übersehen, dass kann LuStigen PlanerInnen ja auch mal passieren.

Auch das eine/r der ProfessorInnen während des Studium in längst vergangener Zeit gegen die erste Versetzung des Reitstalltors protestiert und demonstriert hatte, wurde von der LuStigen Kommission zur Kenntnis genommen. Aber wenn ihr jetzt

denkt, die LuStige Geschichte wäre schon zu Ende, habt ihr noch nicht



Das Gebühregrab macht seinem Namen alle Ehre.

ganz Recht, denn das LuStigste kommt ja stets zum Schluss: Ganz am Ende des Prozesses bzw. am realen Anfang des Lern- und Studienzentrums wurde noch festgestellt, dass die LuStigen PlanerInnen doch glatt übersehen hatten, dass der Parkplatz wie

auch das halbe Mensa-Gebäude auf einem Katholischen Friedhof steht, der von 1851 bis 1910 genutzt wurde. Der Wirbel darum hatte sich aber auch schon vor 50 Jahren gelegt. Da hatte der LuStige Studierende, dessen LuStige Idee das Ganze ja war, noch eine letzte LuStige Idee: Um den Fund des Friedhofes geheim zu halten, warnte er die bösen, dauer-unLuStigen, linken Hochschulgruppen vor der Veröffentlichung des Problems, um die vielen GRABRÄUBER nicht anzulocken, als wenn diese heutzutage noch Gräben müssen, damit ihnen eine LOBBY gebaut wird.

Weitere Informationen findet ihr auch in unserem Archiv www.linke-kraft.de, zu empfehlen wäre hier die Ausgabe 109.

Das Deutschlandstipendium

Eine schlechte Idee schlecht umgesetzt

Zum gerade begonnenen Semester wird erstmals das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hochgelobte Deutschlandstipendium vergeben. Es handelt sich hierbei um einen über mindestens ein Jahr ge-

währten monatlichen Zuschuss von 300 Euro. Dieser wird, anders als Einnahmen aus Erwerbsarbeit oder Stipendien von Stiftungen, nicht auf das BAföG angerechnet und stellt somit eine finanzielle Hilfe für die meisten Studierenden dar. Das Deutschlandstipendium steht aber bei weitem nicht allen Studierenden offen: es wird streng nach bisher erbrachten Studien- bzw. Abiturleistungen vergeben; Menschen ohne exzellenten Schnitt können somit nicht in den Genuss dieser Förderung gelangen. Die Uni Göttingen geht daher auch davon aus, dass in diesem Wintersemester lediglich 105 Studierende ein Deutschlandstipendium erhalten werden. Diese Förderung, die nur 0,4 % der Studierenden zur Verfügung steht, kann somit als elitär bezeichnet werden.

Wäre das allein schon ein Grund das Deutschlandstipendium abzulehnen, gerät die Realisierung dieses vom BMBF groß angekündigten Projekts immer mehr zur Farce. Da die Mittel, aus denen die Deutschlandstipendien finanziert werden, zur Hälfte von privaten InvestorInnen und Unternehmen kommen, müssen sich alle Hochschulen intensiv um die Einwerbung dieser Gelder bemühen. Die bisher auf Bundesebene für Bewerbung und Verwaltung aufgewendeten Kosten stehen somit mit 2,7 Mio. Euro in einem krassen Missverhältnis zur bundesweit bisher ausgezahlten Fördersumme (1,4 Mio. Euro). So wurde ein Großteil der fürs Deutschlandstipendium eingeplanten Gelder gar nicht erst von den Hochschulen abgerufen. Die Beteiligung privater GeldgeberInnen führt zudem zu einer höchst ungleichen Verteilung von Stipendien an den Fakultäten, da die Wirtschaft na-

Veranstaltungen

- 27. Oktober: Neumitgliederabend der Juso-HSG, 20 Uhr c.t. im AStA
- 3. November: 6. ordentliche Sitzung des Studierendenparlaments
- 10. November: Neumitgliederabend der Juso-HSG, 20 Uhr c.t. im AStA
- 8. November: Vollversammlung der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, 18 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben
- 11.–13. November: Open Uni, veranstaltet vom AStA im Verfügungsgebäude
- 17. November: Aktionstag für Bundesweite Bildungsproteste

■ **Deutschlandstipendium: ein bürokratisches Monster**

türlich am liebsten ihresgleichen finanziert. Wirtschafts- und naturwissenschaftliche Fächer sind sehr viel beliebter als vermeintlich „unproduktive“ Geistes- und Sozialwissenschaften. Durch die Finanzierung von Stipendien erweitert sich so der Einfluss der privaten Wirtschaft auf die Hochschulen und die angebotenen Fächer. Die Gefahr, dass bei der Wirtschaft unbeliebte Fächer von der Universität geschlossen werden, steigt. Die quotierte Vergabe von Stipendien zwischen Fakultäten kann diesem Umstand nicht wirklich entgegenwirken. Sie schafft nur mehr Bürokratie und führt im Ergebnis zu weniger vergebenen Stipendien.

■ Sinnloses Prestigeprojekt

So bleibt der Eindruck, dass es sich beim Deutschlandstipendium von Anfang an nicht um einen Versuch gehandelt hat, die finanzielle Situation von Studierenden zu verbessern, son-

dern stattdessen einen Profilierungsversuch des BMBF darstellt. Studierende berichten von prunkvollen Verleihungen, bei denen sich das Ministerium selbst feiert. Das Präsidium der Uni Göttingen hatte in einer Pressemitteilung angekündigt, dass die Bewerbungsphase Mitte September anlaufen soll. Fast einen Monat später ist dies noch nicht geschehen.

Um das Geld ist es indes schade. Es hätte, statt in bürokratischen und elitären Prestigeprojekten zu verschwinden, zur Ausweitung des BAföG-Satzes beitragen können, das viel mehr Studierenden zu Gute kommen würde. Außerdem bietet BAföG den Studierenden deutlich mehr Planungssicherheit, da hier – anders als bei einem Stipendium – ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht. Das Deutschlandstipendium verstärkt das selektive Bildungssystem, statt es zu bekämpfen. Daher gehört es abgeschafft!

Impressum



JUSO
HOCHSCHULGRUPPE
GÖTTINGEN

Auflage: 1000

Druck: Pachnicke Druck Göttingen,
gedruckt auf Recyclingpapier

V. i. S. d. P.: Isabel Rudat

Kontakt:

Juso-Hochschulgruppe
c/o SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

kontakt@linke-kraft.de

www.linke-kraft.de

twitter: JusoHSG_goe

facebook: Juso-HSG Göttingen

Studienbedingte Kosten steuerlich absetzbar!?

Bundesfinanzhof schafft veränderte Rechtslage

Der Bundesfinanzhof hat im Juli mit zwei Urteilen für Aufregung gesorgt. Eigentlich galt seit 2004, dass Kosten für ein Erststudium oder eine Erstausbildung im Rahmen einer Steuererklärung nicht als Werbungskosten (Aufwendungen/Ausgaben, die der Erwerbung, Sicherung und Erhaltung von Einnahmen dienen) angegeben werden konnten. Jetzt wollte jedoch ein Kläger die Ausgaben für seine Ausbildung als Berufspilot (rund 28.000 €) und eine Klägerin die Kosten ihres Medizinstudiums als „vorweggenommene Werbungskosten“ geltend machen. Der Bundesfinanzhof entschied in beiden Fällen zugunsten der KlägerInnen: Bei beiden seien die Kosten der Ausbildung ausreichend durch die spätere Berufstätigkeit veranlasst und müssten als vorweggenommene Werbungskosten berücksichtigt werden – finanziell bei den Beträgen für beide eine lohnende Sache!

Was bedeutet dieses Urteil aber gene-

rell für die Studierenden? Können wir jetzt alle nach dem Studium unsere Studiengebühren über unsere Steuererklärungen zurückbekommen? Diese Frage lässt sich noch nicht abschließend beantworten. Wenn sich Finanzämter in Zukunft an den Urteilen orientieren, profitieren vor allem diejenigen, die während des Studiums hohe Ausgaben und nach dem Studium hohe Einnahmen haben.

Wer bereits während des Studiums Einkommen aus Erwerbsarbeit hatte, kann die Ausbildungskosten bereits zu der Zeit absetzen und wird daher kaum profitieren. Es ist auch noch nicht klar, welche Kosten eingeschlossen wären - nur direkte Kosten wie Bücher oder Studiengebühren, oder auch indirekte Kosten wie beispielsweise die Miete am Studienort. Außerdem stellt sich noch die Frage, in wie weit die Kosten des Studiums durch die spätere Berufstätigkeit hinreichend konkret „veranlasst“

wurden – bei Medizinstudierenden oder bspw. einem Lehramtsstudium ist das vielleicht klarer als bei einigen anderen Fächern, wo das Studium nicht so stark den späteren Beruf determiniert. Und darüber hinaus muss man abwarten, ob die Finanzämter sich tatsächlich an der Auffassung des BFH orientieren und wie schnell der Gesetzgeber ggf. eine Neuregelung schafft, um einem Sturm an HochschulabsolventInnen vorzubeugen, die auf einmal Werbungskosten im vier- bis fünfstelligen Bereich geltend machen wollen.

Weitere Informationen zur steuerlichen Absetzbarkeit und Tipps zur Einkommenssteuererklärung findet ihr unter:

<http://www.studis-online.de/StudInfo/Studienfinanzierung/ausbildungskosten-absetzen.php>

Wiedersehen im Kessel

Niedersächsische Polizeitaktik verhindert antifaschistischen Protest

Eine verhängnisvolle Entwicklung konnte bei den letzten Protesten gegen Veranstaltungen rechtsradikaler Organisationen und Parteien wie der NPD festgestellt werden. Sowohl bei der Demonstration gegen den NPD-Landesparteitag in Northeim als auch bei der Gegendemo zum rechten „Trauermarsch“ durch Bad Nenndorf wurden Demonstrierende am Zugang zur Demonstration gehindert. Mehrere Stunden mussten die angereisten Menschen dann, statt gegen Nazis zu demonstrieren, in einem Polizeikessel verbringen. Verschärfend hinzu kamen die an beiden Tagen große Hitze bei ungeschützter Sonneneinstrahlung und fehlende Sanitäreinrichtungen. Vor allem Kinder und ältere Menschen hatten unter diesen Umständen zu leiden. Die Einsatzkräfte der Polizei hatten dabei festgelegt, dass die jeweils von einem breiten Bündnis getragene Demonstration nur nach einer Kontrolle zu betreten sei. Dieser Eingriff in die Grundrechte auf Versammlungsfreiheit wird von uns entschieden abgelehnt. Menschen müssen in der Lage sein, unkontrolliert an genehmigten Versammlungen teilnehmen zu dürfen.

■ gezielte Polizeiaktion

Besonders perfide gingen die Einsatzkräfte dabei am 22. Mai in Northeim vor. Hier wurden ca. 300 mit dem Zug aus Göttingen und Hannover angereiste antifaschistische Menschen direkt auf dem Bahnhofsvorplatz von der Polizei gestoppt und am Zugang

zur Demonstration gehindert. Während an anderer Stelle Verhandlungen zwischen Demonstrierenden und dem Polizei-Einsatzleiter liefen, stürmten dann Einheiten der für ihr rücksichtsloses Vorgehen bekannten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) in die Demonstration hinein und nahmen mehrere Menschen in Gewahrsam. Dass dabei auch andere Menschen, teils Minderjährige, im Weg standen, störte die Polizei nicht bei ihrer aggressiven Vorgehensweise. Die Demonstration wurde von der

sich dabei ein klares Schema: Die Polizei wartet nicht mehr auf vermeintliche Übergriffe oder Blockaden, sondern stellt die demonstrierenden Menschen von vornherein unter Generalverdacht. Antifaschistische Protestformen werden so kriminalisiert und es soll eine Unterscheidung zwischen guten und schlechten DemonstrantInnen getroffen werden. Zu letzteren gehören dabei verschiedene antifaschistische Gruppierungen und der Versuch, Rechtsradikale durch Blockaden am Demonstrieren zu hindern.



Während antifaschistische Menschen von der Polizei am Demonstrieren gehindert wurden, konnte die NPD ungestört ihren Landesparteitag abhalten.

Die Taktik der niedersächsischen Landesregierung, die diese Polizeieinsätze zu verantworten hat, zielt hier ganz klar auf die Einschüchterung der Demonstrierenden und in letzter Konsequenz somit auf eine geringere Beteiligung an Protesten gegen Rechtsradikale. Eine Spaltung des Kampfes gegen Rechts ist mit uns nicht zu machen, wir zeigen uns solidarisch mit allen DemonstrantInnen gegen Rechts und werden uns auch in Zukunft in breiten Bündnissen mit verschiedenen

Polizei daher als willkommener Anlass gesehen, gezielt polizeibekannte Menschen aus der Menge herauszu ziehen. In Bad Nenndorf, wo die aus Göttingen, Hannover und Hamburg angereisten Menschen gar nicht erst in die Stadt gelassen, sondern auf einem Acker vor der Ortsgrenze festgehalten wurden, zeigte sich ein ähnliches Bild. Ungefähr 200 Menschen wurden hier grundlos festgehalten.

■ Demonstrierende unter Generalverdacht

Aus der Häufigkeit der Vorfälle ergibt

Gruppen und Menschen gegen rechtlichen Gedankengut zur Wehr setzen.

Bei Demonstrationen kann man immer in heikle Situationen geraten, auch wenn man einfach nur friedlich protestieren und sein Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung wahrnehmen möchte. Es empfiehlt sich daher, vor einer Demonstration den Leitfaden der Roten Hilfe „**Was tun wenn's brennt**“ durchzugehen.